

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4387.

Erscheint jeden Sonntag.

Abo-Preis pro Quartal 80 Pf. (ohne
Gebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,20 M.

Klubmitglieder erhalten das Organ gratis.

Abonnement-Preis: die viergesparte Petitzelle 40 Pf.

Redaktion:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. s. w. an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Nummer 44.

Berlin, den 4. November 1906.

7. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Mannheimer Dokumente. — Vom Einigungsamt im Der neue Tarifvertrag im deutschen Buchdruck. — Münchens: Erhöhung der Beiträge oder Einführung Extra-Kampfsonds. Der Zusammenschluß der Arbeitgeber im Westen. Soziale Wahlen. Die reine Streitklausur. Der Berliner „Arbeiter“, das Fachabteilungs-„Fachblatt“. Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Kollegen-Oberlehrer. Düsseldorf. Eichenberg. Hattingen. Hohenholza. Mörs. Breslau. Schwerte. Bielefeld. Dortmund. — Bekanntmachungen. — Versammlungen. — Anzeigen.

Mannheimer Dokumente.

(Schluß.)

Das Korreferat Legiens gleich einem ziemlich plumpen Schauspiel. Zunächst machte er den ergrauten Beobachtung, der Parteivorstand ob der Veröffentlichung des Protokolls einen Kneiffall tun sollte. Besonders ist die Verurteilung des Schrittes, die bösen Befolger. Er „bewies“, daß diese auf Grund ihrer Beobachtungen längst nicht mehr zur sozialdemokratischen Partei gehörten. Darum heraus mit diesen Kontraden, die den Herren im „Engelhaus“ so manche Stunde bereiten. Dann bekam es aber der Parteivorstand, vor allem der alte Bebel, der sich eben zweite eines Angeklagten abgemüht hatte, das Gegen- von Jena als richtig zu beweisen. Er beschuldigte den Kampf ganz deutlich der Lüge in bezug auf seine Parteitreffen, die derselbe bekanntlich modellierten. Silberschmidt habe nur die Sachen, wie sie Bebel sagen und nachher gebilligt, als sie ihm vorgelesen und übergeschrieben. „Wenn es so ist, Genossen, wie können Sie öffentlich erklären, Sie habe stark entstellt wie vergegenüber? Nein, das sind Sie, denen Sie am Februar zugestimmt haben! (Bebel schreit holt: Das ist nicht wahr!) Dann bitte ich uns zu beweisen, daß Sie uns etwas vorgelegt haben...“ War Bebel sich nicht bewußt, was er damit den Parteikommissionen sagte? Entschuldigung! „Schoßköpfe oder Gauner! Slopse wären wir dann gewesen, wenn wir nicht verstanden hätten, und Gauner, wir zugelassen hätten, daß Silber nicht etwas anderes, als in der Kommission kommen, berichtet hätte...“

Bebel hat nicht das Recht, über Verhandlungen, die zwischen zwei Gewerkschaften gehen sind, eine Publikation zu erlassen. Da hört doch alles auf!, ohne sich in Parteivorstand vorher zu verständigen.“ In dieser Manier sprang der eine alte Demagoge und Prolos mit dem anderen um, ein Beweis, wie furchtbart die Generalkommission die Veröffentlichung Geheimprotokolls war. Über den Eindruck dieser geistigen Kritik, eine Frucht der roten Aufsicht, wollen wir kein Wort verlieren. Sie zeigt aber, Elemente diese angeblichen Volksmänner besitzen. Und nahm Legien Nach an den Parteorganen, die Außenstreithorn geblasen hatten.

Das sei die Frucht der Jenauer Debatten und Beobachtungen, die bald zu den größten Dummheiten verleitet. Man sieht hieraus ganz deutlich, wie wenig der demokratischen Partei zu trauen ist. Was sie heute ist, wird morgen als Dummkopf und Blödsinn erkennen und diese Gesellschaft mutet dann allen Grustes den zu, ihre Folge zu leisten. Legien erklärte denn es sei schlecht möglich, seine Meinung so schnell zu zumal man früher immer „den Generalstreit“ genannt haben, was wir Jahrzehntelang für richtig hielten haben, was uns von unseren ersten Predigten geprägt ist, mit einem Male überlaufen werden? Er weiß dann noch, daß in den Ländern, so Italien, Holland und Schweden die Münzen keinen Erfolg, sondern Schaden für die Wirtschaft gehabt hätten. Sie hätten teils Streitgesetze

und war es aber genug. Es mußte eingesehen werden und wundervoll, wie der Wind umspringt, so kippte zum und deflamerte: „Ich bin überzeugt (!), wir in eine solche (russische) Periode hinein. Es wird fuisse, wo wir alles einzusehen müssen, um neuen Rechten zu erhalten, oder neue zu erwerben.“ die sozialdemokratischen Führer wissen, daß wir unserer ganzen gegenwärtigen Situation heller seien und daß schließlich, falls es so weit käme, gerade müssen die ersten Schuldigen wütend, redete man so wie hinein. Sie waren dann Legien verurteilt, ist, daß man verrät, als Gemeinde angezeigt werden soll. Es sei unge-

sicht, so etwas vorher auszusprechen. Dann erwog er einige Generalstreitexperimente im gewerkschaftlichen Sinne:

„Um auf die Regierung Pression auszuüben, brauchen wir auch nicht den Generalstreit, da haben wir noch andere Mittel, die wir aber auch in der nächsten Zeit noch nicht anwenden können. Es würde vollständig genügen, wenn die Bergarbeiter einmal zehn Wochen oder ein Vierteljahr die Arbeit einstellen. Bei den internationalen Verbündungen der Bergarbeiter, die sich immer weiter und weiter ausdehnen, würde auch mit der Gefahr nicht zu rechnen sein, daß vom Auslande Angriffe kommen. Wenn wir dann etwa und geschlossen dastehen und sie materiell unterstützen, dann, Genosse Bebel, brächen wir nicht den politischen Massenstreit, dann führen wir mit dem Bergarbeiterstreit die Forderungen durch, die wir an die Regierung zu stellen haben. Aber dazu bedarf es auch erst des Ausbaues der Organisation. Auch die Bergarbeiter beginnen erst wieder ihre Bataillone zu formieren. Ein solcher allgemeiner Streit der Bergarbeiter, der gewiß auch dazu führen könnte, einen Teil des Staatsbetriebs lähm zu legen, ist aber nicht das, was wir unter politischer Massenarbeitseinstellung verstehen, sondern der Kampf einer Organisationsgruppe zur Errreichung politischer Zwecke. Sie sehen also, daß wir uns mit der Frage, was wir als Kampfmittel anwenden können, durchaus beschäftigt haben, daß alle Möglichkeiten schon abgewogen sind, was geschehen kann. Ist den Fall, daß die Situation sich noch verschlimmern gestaltet als bisher.“

Hier erkennt man am besten Legiens Doppelspiel. Er, der anfangs den Parteigenossen im Vorstande ganz gehörig den Marsch gelassen, offenbart sich jetzt als der beste Bruder. Das kam am Schluß noch deutlicher zum Ausdruck:

„Partei und Gewerkschaften gehören zusammen, weil dieselben Personen die Träger der Bewegung sind. (Geht richtig!) Wie sollen wir uns denn teilen? Ich kann doch nicht mit einem Teile meiner Person für die Partei und mit dem anderen dagegen sein. Ich habe doch nur einen Mund, einen Verstand, eine Überzeugung. Es handelt sich lediglich um Auffassungstreitigkeiten. Da findet einer den Sachen anders den, und dann wird darauf losgehauen. Es werden Kritik in die Welt gesetzt, daß einem die Haare zu Berg stehen. (Heiterkeit.) Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen nicht; auch in dieser speziellen Frage nicht. Wir sind uns einig darüber, daß im gegebenen Moment alle Mittel angewandt werden müssen, die zur Verfügung stehen. Kommt es wirklich zum Massenstreit, dann stehen die Gewerkschaften an erster Stelle. (Bravo!) Es wäre ja Unfug, wenn wir dann erklären wollten: Nein, wir sind gegen den politischen Massenstreit. Daß man auf uns in einem solchen Falle mit aller Bestimmtheit rechnen soll, das haben wir in den engeren Beratungen mit dem Parteivorstand und auch sonst wiederholt erklärt. Es kommt jetzt schließlich nur noch darauf an, nach außen hin diese Einheitlichkeit zu dokumentieren, und das soll durch Annahme meines Amendments geschehen.“

Allzöllige Eintracht, ja noch mehr, die „freien“ Gewerkschaften werden die ersten sein. Das genügt uns. Es werden nun vielleicht Zweifler kommen und es kaum für möglich halten, daß Legien in Jena so operiert haben könne, wie wir dargestellt. Aber es ist so. Hören wir eine herufene Stimme, die rote Rosa oder „Genossin“ Bitburg:

Die Rede von Legien war geradezu ein klassisches, typisches Muster für die Haltung, die gewisse Gewerkschaftsführer in der letzten Zeit gegenüber der Sozialdemokratie und gegenüber den wichtigsten Parteifragen eingenommen haben. Erst hat er eine ganze Stunde lang die Jenauer Resolution aufs schärfste kritisiert und die Unmöglichkeit und die Verderblichkeit der Idee der Massenstreiks nachgewiesen, uns davor gewarnt, und am Schlüsse kam dann natürlich die herzerquindende und beruhigende Versicherung: „Wir sind ja alle ein Herz und eine Seele! Also wir haben gar nicht nötig, irgendwie Streitigkeiten auszutragen; wir können uns vereinigen auf eine Resolution.“ Und diese Einigkeit wird in der merkwürdigen Weise hergestellt, daß man die Cölnner Resolution, die schon die bloße Existenz des Massenstreiks als verderbt hinstellt, mit der Resolution von Jena für identisch erklären soll. Als ich hörte, daß Legien diesen Antrag gestellt hat, sagte ich mir, es gehört eine gehörige Portion Mut und Freiheit dazu, uns zusammen zu rütteln, wir hätten dem Antrag zu zustimmen.“

Doch die schöne Rosa lammerte umsonst. Die Partei im Gefüle ihrer Ohnmacht schloß den hinter den Kulissen fertiggediebsteten Vertrag und die Bechränkungsresolution Bebel-Legien wurde angenommen. Sie lautet:

„Der Parteitag bestätigt den Jenauer Parteitagsbeschlüsse zum politischen Massenstreit und hält nach der Feststellung, daß der Besluß des Cölnner Gewerkschaftscongres nicht im Widerspruch steht mit dem Jenauer Besluß, allen Streit über den Sinn des Cölnner Beschlusses für erledigt.“

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Starlung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassentheorie der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei für den Kampf zur Hebung der Arbeiter-

Klasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erziehungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erreichen muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen Zentralausschüsse der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber eine Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Damit hat der sozialdemokratische Parteitag unser Hauptinteresse, das wir an ihm hatten, erschöpft. Er hat bewiesen, mit welchen unverantwortlich leichtfertigen Mitteln die Sozialdemokratie operiert, und wie sie ohne Skrupel die Arbeitermassen, die ihr verbündet folgen, ins Verderben führt. Er hat ferner bewiesen, wie man heute den Massen blauen und morgen schwarzen Dunst vormacht, und übermorgen erklärt, beides sei eins. Also eine vollendete Spekulation auf die Unzurechnungsfähigkeit und Dummheit der Massen. Diese feststehenden Tatsachen und dazu die vollendete Verküppelung der „freien“ Gewerkschaften mit der Partei, sie sind für uns unantastbare Dokumente, die wir verwerten können und müssen in der Agitation. Wenn sie jenen Heuchlern, welche unter neutraler Maske an die christlichen Arbeiter herantreten, ganz gehörig um die Ohren geschlagen werden, dann dürfen diese erfahren, daß man nicht ungestraft mit der Wahrheit Schindländer treiben darf.

Vom Einigungsamt in Essen.

Die Tätigkeit des Einigungsamtes in Essen hat in den letzten Wochen oft Beachtung in der politischen Tagespresse gefunden. Auch das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ befaßte sich in Nr. 15 in längeren Ausführungen ebenfalls mit der Tätigkeit desselben. In sämtlichen uns zu Gesicht gekommenen Abhandlungen wurde das Einigungsamt als ein Institut des wirtschaftlichen Friedens bezeichnet und der Tätigkeit desselben nur Worte der Anerkennung gewidmet. Selbst die sozialdemokratische Tagespresse, welche sich zum Teile ebenfalls mit dem Institut befaßte, mußte zugeben, daß das Einigungsamt nach verschiedenen Seiten recht segensreich gewirkt habe.

Wir unserseits haben uns bisher abschließlich zu der Angelegenheit nicht geäußert, nicht aber deshalb, weil wir die Tätigkeit des Einigungsamtes nicht anerkennen, oder weil wir über die Arbeiten desselben nicht unterrichtet seien. Nein, unsere abwartende Stellung hatte den Zweck, zunächst zu sehen, welche Beurteilung die Artikel der Tagespresse bei den übrigen interessierten Gruppen, im besonderen bei den organisierten Arbeitgebern, finden würden.

In der „Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberzeitung“ nimmt nun ein Herr W., Mitglied des Arbeitgeberbundes, das Wort, um seine Stellung zum Einigungsamt, im besonderen aber zu dem Tarifvertrag selbst zu präzisieren. Herr W. schreibt in seiner Einleitung: „Es soll auch nicht geleugnet werden, daß derartige Tarifverträge nach den Ansichten der Theoretiker manches Gute an sich haben.“ Was will Herr W. mit diesem Satze sagen? Wir haben es in der Person des Herrn W. mit einem Mitgliede des Arbeitgeberbundes zu tun, — und wir glauben, die Person zu kennen — sogar mit einem recht eisfrigen Mitgliede des Bundes. Es wäre uns daher lieber gewesen, wenn er uns statt der Ansichten der Theoretiker die Ansichten der Praktiker über das Gute oder das Schlechte der Tarifverträge verraten hätte. Doch die weiteren Ausführungen des Herrn W. zeigen uns den Praktiker aus Arbeitgeberkreisen ziemlich deutlich, genau so, wie wir bisher einen großen Teil der Arbeitgeber des rheinisch-westfälischen Industriebezirks eingehaucht haben. Herr W. führt das teils zu langsame Arbeiten der Schlichtungsmissionen auf den Umstand zurück, daß sich die Kommissionen vielfach mit „Mitsänden“ zu befassen hätten, welche nicht aus dem Vertragsverhältnisse herrührten, und daß deshalb die Arbeitgeber keine Lust zeigten, mit solchen „Geringfügigkeiten“ zu befassen. Auf Seiten der Arbeitnehmerlage die Sache insofern anders, als die Beifte der Kommissionen zum größten Teil aus Führern der Arbeiterschaft bestehen, die ein Interesse daran hätten, möglichst viel für die Organisation befürworten zu sein. (Bravo! D. Bert.)

Einiges ist uns an diesen Ausführungen besonders wertvoll, und das ist die Stelle, wo der Verfasser zugibt, daß es hier Mitsände gibt, welche nicht aus dem Vertragsverhältnisse hervorgehen. Wo wir nicht mit dem Verfasser übereinkommen können, ist der Umstand, daß er diese Mitsände als Geringfügigkeiten bezeichnet. Wer den Vertragsvertrag legt und objektiv urteilt, weiß, daß hier teils noch unerhörte und unentschuldbare Mitsände auftreten. Wir sind daher der Ansicht, daß es den Schlichtungsmissionen nur zur Güte gereichen kann, wenn durch die Eingreifen von Zeit zu Zeit einmal Mitsände befehligt werden, wo sie nicht direkt zum Eingreifen verpflichtet sind. Meistens würden sich die Schlichtungsmissionen nicht so oft mit Streitfällen zu befassen haben, wenn die Arbeitgeber die herkömmlichen Praktiken strikt befolgen. Die

Wirtschaftliche Bewegung.

von Mauern und Bauhofsarbeitern ist fernzuhalten. (Streik). Braunschweig (Ausserung). Die Mauer haben Teil-Sperren verhängt in M. Gladbach. Die Nachdecker streiken in Braunschweig. Gelverboten für Maurer die Geschäfte hund, Bohler.

Bezirk Baden.

Mannheim, 30. Oktober. Freiheit oder Sklaverei! Das folge für unsere Mitglieder von einem Kampfe, der sich unter den Gipfern in Mannheim töbt. Der sozialdemokratische Gipser- und Stoffarbeiterverband ist mit dem traurigen, die verächtigste deutsche Streikbrecherorganisation nicht zufrieden. Er will auch durchaus der Regierung den Schaufmächnern das nötige Material zu einer sogenannten Auslage liefern. Einiges anderes, bestehende mit seinen tüchtigen, vom Machtkessel dillerten, Sicherheiten in Mannheim sicher nicht. Bereits den ganzen Tag beschäftigten sich die sozialdemokratischen „Freiheits“ mit dem Plan, unsere Gipserzahlstelle in Mannheim einzunehmen. Zu diesem Zweck wurden über die verschiedensten Sperrern verhängt, deren eine, über die Firma Roth, heute noch besteht. Ihren Zweck hatten diese beiden Volksgläubiger damit aber doch nicht erreicht, sondern Zahlstelle besteht nach wie vor. Dies ließ die rote Gewerkschaft nun gar nicht zur Ruhe kommen, mit Gewalt sie ein Attentat auf das Qualitätsrecht der Christlichen auszuführen. Es wurde darum das rote Gewerkschaft in Mannheim zur Hilfe angerufen, in mehreren Kartellsitzungen soll sich dasselbe nun auch bereit haben, bei der Vernichtung der christlichen Organisationen Dienste zu leisten. Der Plan, welcher jetzt an der großen sozialistischen Ausstellung zur Durchführung kommen soll, das Werk jener geheimen Kartellsitzungen! Nachdem Montagabend, den 22. Oktober, eine Plazversammlung für am der Ausstellung beschäftigte Arbeiter stattgefunden hatten sämtliche rotorganisierten Gipser am Dienstag die Arbeit auf der Ausstellung stehen. Wir betonen, geht es nicht um Lohnforderungen über die Beseitigung beständen, nein, sondern nur um die Entfernung der organisierten Gipser. Hiergegen müssen wir uns wehren, wenn wir unsere persönliche und Willensfreiheit befolgen. Ja, wenn wir nicht gezwungen werden sollen, Geld für den Kampf gegen unsere Überzeugung, zu

Wir fordern die Kollegen in ganz Deutschland auf, uns gegen die Größenwahnselüste des roten Gipfers zu unterstützen. Jeder, mit der süddeutschen Arbeitsmarktkräfte vertraute Pucher, muß es sich zur Aufgabe machen, nach Mannheim zu kommen und dort mit Unterstützung unserer Zahlstelle zu kämpfen. Kommen den Gipser mit ihrer hohenlos niederrächtigen Kampfes in Mannheim durch, so werden wir noch des öfteren Kampfes zu bestehen haben. Sorgen wir darum dafür, diese Freiheitsträger, anders kann man sie wohl nicht gleich bei ihrem Attentat auf das freie Qualitätsrecht, wichtigen Deutzel belohnen und zwar so, daß ihnen im zweiten verlangen soll.

F. W.

Bezirk Köln.

Am 23. Oktober. (Fliesenleger.) Der Streik der Fliesenleger hat zu einem guten Resultat geführt. Dass, was die zu erreichen glaubten, ist erreicht worden. Die Forderung auf Einführung des reinen Tagelohnes gestellt. Beide Seiten Organisationen, in einer gemeinsam von der Wohnbau abgesetzten und in beiderseitigen Versammlungen der Revolution, die Taktik dahin festgelegt, daß eine möglich sei, wenn bei Arbeitsarbeiten der Stundenlohn nicht garantiert wird. Die Unternehmer erklärten stets, den Lohn nicht garantieren zu können. Es blieb daher den nichts anderes übrig, als in den Streik zu treten. Es wurde mit voller Einigkeit von unserer und der Organisation geführt. Im allgemeinen haben auch die Solidarität befindet. Zwar sind einige Arbeiten, und auch bei Nacht ausgeführt worden, von Fliesenlegern jedoch nur vereinzelt. Eine strenge Untersuchung ist um den Solidaritätsbruch festzustellen. Der Unternehmer, welcher mit seinen Arbeiten sehr im Druck war, welchem nur „freie“ Organisierte beschäftigt waren, freien Verbände nach und wollte allein den Tarif unterschlagen, davon abgesehen, wurde die Arbeit der „Freien“ bei Göbel aufgenommen. Es durfte dann ein Christlich Organisierter dort in Arbeit treten. Als Göbel aus dem ersten Druck heraus war, teilte der gute „freie“ Verband mit, daß er auf Veranlassung der Betriebsverbandes die Arbeiten wieder einstellen müsse. Kollegen waren erfreut darüber, da die Arbeit bei Göbel teilweise herausstellte, ja doch nur indirekte Streikzeit. Nach dreiwöchentlichem Kampfe ist dann ein neuer und bedeutender Vertrag abgeschlossen. Der Tarif soll den in Druck übergeben. Die Arbeitszeit beträgt wie Winter 8½ Stunden. Im Sommer ist eine zweimalige Mittagspause. Der Stundenlohn beträgt bis 1. Okt. 07 von da bis 1908 80 Pf. und wird bei Arbeitsarbeiten mit. Jedoch ist die Klausel vorgesehen, daß wenn jemand durch sein eigenes Geschulden den Lohn nicht erhält, der sofort entlassen werden kann, und nur die gestellte Arbeit bezahlt erhält. Aufgrund dieser Klausel Einstellung zustande. Damit diese Klausel von den Unternehmern nicht bei kleineren und frischen Arbeiten zu Unruhen Anlaß geben kann, ist eine Klausel vorgesehen, die innerhalb einiger Tage zusammengetragen. Die Arbeitspreise sind um mehr als 10 Prozent geblieben. Für auswärtige Arbeiten, die in mehreren Grenzen liegen, werden für Mittagsessen 85 Pf. in zweiter Grenze, 10 Pf. Fahrgeld, und in dritter Grenze 2,60 Mark vergütet. Verhandlungen hat sich besonders der Vorsitzende des Betriebsverbandes, Herr Niemann, ähnlich wie bei der Verhandlung des Nachdecker-Baumlempner- und Glaser-Tarif, sehr bemüht einige Einstellung herbeizuführen. Es hat sich auch bei den Fliesenlegern in Köln bewiesen, daß wo die Organisation eingreift, bedeutende Verbesserungen erzielen. Der alte Tarif, den die Genossen allein abgeschlossen, hatte mehrere Lücken und unpassende Bestimmungen, die nun beseitigt sind. Unsere Kollegen agitieren nun mit Hochdruck und sind bestrebt, die noch fernliegenden Organisationen zu führen. Dem „Grundstein“-Siegung scheint diese Einstellung der Kölner Fliesenleger einen Schluß im Sommer zu haben. Erneute Anläufe auf eine neue Rücksichtnahme, entkündeten um

in dem „gebissenen“ Organ „Grundstein“ ausgeschimpft. Unser Vorsitzender Kollege Bohn strengte daher gegen Winnig Klage am Königlichen Schöffengericht an. Bei der Verhandlung besteuerte Winnig dem Richter mit schlotternden Fingern, daß er verreicht gewesen sei, und daher nicht der Schuldige dieses Artikels sei. Mit seinem Wissen sei ein beratiger Artikel überhaupt nicht aufgenommen worden. Der Richter drang dann auf einen Vergleich, den auch der Kollege Bohn einging. Winnig musste die Aufschüttigungen öffentlich auf seine Kosten im „Grundstein“ und in der „Baugewerkschaft“ zurücknehmen, sowie die Kosten des Verfahrens tragen. Nachdem Winnig die Erklärung im „Grundstein“ veröffentlicht, fasst er von neuem über die christliche Organisation und hält die alten Behauptungen über die christlichen Organisationen von neuem aufrecht. Jede Besserung scheint doch bei Winnig ausgeschlossen zu sein. Da könnte einer mit den Genossen ja am Klagen bleiben. Unsere Kollegen werden die Sache agitatorisch auszunützen verstehen.

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Au die Kollegen Oberschlesiens!

Mit großen Schritten gehen wir dem Winter entgegen. Viele Kollegen reisen in der nächsten Zeit nach der Heimat zu ihren Angehörigen. Wenn die Arbeit auch eingestellt ist, so muß doch die Gewerkschaftsbewegung weiter nach Kräften gefordert werden. Wir wissen, daß die Unternehmer im Bau- und Gewerbe ihre Arbeitgeberverbände zu stärken suchen, um den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft entgegenzutreten. Die Kämpfe der letzten Jahre beweisen zur Genüge, daß eine gut organisierte Arbeiterschaft in stande ist, ihre Rechte zu vertreten. Doch ohne Organisation werden Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verbessert, dafür liefert Oberschlesien einen allzutaten Beweis. Wohl wurde von den Vertretern der sozialdemokratischen Verbände schon einmal so ein „Stück Tarif“ abgeschlossen, doch nicht Vortelle, sondern Lohnverschlechterung ist dadurch eingetreten. In diesem Jahr war auch in Oberschlesien Hochkonjunktur, die oberschlesischen Bauunternehmer werden gewiß nicht schlecht abgeschritten haben, wozu ja auch „Vande“, „Schwo“ und Konkurrenz ihr gut Teil mitgeholfen haben. Die Herren Genossen schließen nur Verträge ab in Oberschlesien, um die „Christlichen“ zu beseitigen oder um den sozialdemokratischen Parteiliegern auf die Beine zu helfen. Der Stundenlohn von 35 Pf., der seit Frühjahr gezahlt wird, darf wohl als der schlechteste in ganz Deutschland bezeichnet werden. Die Mißstände auf den Bauten und in den Quartieren reden jeder Kultur hoher. Die Lebensmittelpreise sind in Oberschlesien so hoch wie andernorts und dabei solche schlechte Lohnverhältnisse. Not und Elend ist überall in Arbeitertreinen zu finden, dabei hat gerade Oberschlesien die steuerlichsten Kapitalisten und Junker. Unsere Forderung für das nächste Jahr ist hauptsächlich: Ein Stundenlohn von 42 Pf. nebst der zehnstündigen Arbeitszeit und Beseitigung der Mißstände. Soll diese Forderung durchgeführt werden, dann muß auch in Oberschlesien eine organisierte Bauarbeiterchaft vorhanden sein. Auch die Bauunternehmer Oberschlesiens werben nur einer gut organisierten Arbeiterschaft Entgegenkommen zeigen. Im kommenden Winter muß überall in Oberschlesien Aufklärung geschaffen werden. Zu diesem Zwecke sollen da, wo es möglich ist, im Winter Agitationssversammlungen abgehalten werden. Ein jeder Kollege, der Mitglied unseres Verbandes ist, ganz gleich, wo er gearbeitet hat, wenn er aus Oberschlesien ist, dann möge er mit tätig sein für die Ausbreitung unseres Verbandes. Diejenigen Kollegen, die Versammlungen in ihrem Ort abgehalten haben wollen, werden erachtet, diese dem Bezirksleiter umgehend mitzuteilen, damit Vorlesungen getroffen werden können. Nur dann, wenn jeder mit allen seinen Kräften hilft, das Banner der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu entrollen, kann die schwere Arbeit geleistet werden. Den vielen Kollegen in Oberschlesien Aufklärung zu verschaffen über die wahren Ziele und Bestrebungen unseres Verbandes, ist gewiß schon ein Opfer wert. Ganz besonders gilt das auch für diejenigen, die wohl aus Oberschlesien sind, im Sommer aber nicht dort arbeiten. Diese wissen, was wir wollen, und ihre Pflicht ist es, das Elend in ihrer Heimat beseitigen zu helfen. Deshalb zum kommenden Winter mutig an die Arbeit, denn es gilt, einen ehrenvollen Kampf zu kämpfen.

Franz Chrhardt, Mattoivis, D. Schi., Poststr. Nr. 11.

Grukkatene.

Düsseldorf, 18. Oktober. In unseren letzten beiden Versammlungen, die ziemlich besucht waren, wurde unser neu eingesetzender Tarif durchberaten. Nach verschiedenen Änderungen ist selbiger nun fertiggestellt. Kollege Siegel hielt sodann ein Referat über die eingeleitete Aktion zwischen den konfessionellen Arbeitervereinien und christlichen Gewerkschaften. Es sei nötig und von großem Nutzen, daß die Mitglieder der religiösen Arbeitervereine den christlichen Gewerkschaften beitreten, ebenso aber auch, daß die Gewerkschaftler den Arbeitervereinen beitreten, um so gegenseitig für einander zu werben. Es wurde dann beschlossen, in dieser Hinsicht am 28. Oktober eine öffentliche Versammlung einzuberufen. — Kritisiert wurden verschiedene Mißstände, so das Zwischenmeistersystem bei Basmanu. Auch wurde dort die Arbeitszeit nicht innegehalten und noch Klassenlohn gezahlt. Es wurde beschlossen, die freie Gewerkschaft zu verhindern und dann bei obiger Firma vorstellig zu werden. Kollege Freitag wies dann noch einmal hin auf die Arbeitszeit. Diese beträgt im Oktober und November 9 Stunden, Dezember und Januar 8 Stunden, Februar 9 Stunden. Ein Antrag, den Arbeitsnachweis von 8—9 Uhr abends von einem Kollegen führen zu lassen, wurde ebenfalls angenommen und hierfür die Kollegen Siepenbach, Wiss, Bander, Grumbach, Kiel und Roth gewählt, welche sich abwechseln haben. Alle Kollegen haben nun aber auch die Pflicht, etwaige Stellen zu melden, um den arbeitslosen Kollegen schnell wieder zur Arbeit zu verschaffen. Mit einem Hoch auf den Verband und die Versammlung ihren Abschluß.

Kleinarbeit.

Eichenberg, 20. Oktober. Es war im Mai I. J. als sich die Kleinbetriebe hierigen Ortes dem Betriebsverband christlichen Bauhofsmeister und Bauhofsarbeiter Deutschlands anschlossen. Dieses haben unter der Rahmung Eisenbahngesellschaft den Vorstand, Ms. 1. Vorsitzender

beschäftigt sind, nicht zu passen. Sie setzte sich mit dem Bürgermeister von Eichenberg in Verbindung und dieser brachte es auch fertig, daß ein Vertrag zwischen der Direktion gen. Gesellschaft und den Arbeitern stande kam, der aber für die Arbeiter wertlos ist. Dieser Vertrag bestimmt lediglich die Lohnsätze und belässt dann weiter, daß die Arbeiter von Eichenberg in einer Linie beschäftigt werden müssen. Auch sollen die Arbeiter bei Mehrbedarf von Arbeitskräften diese selbst einstellen. Die Arbeiter sind nun der Meinung, daß sie auch bei der Entlassung von übrigen Arbeitskräften bestellt werden, haben sich aber gesündigt gemacht und auch der Tarif sagt nichts davon. Für den Direktor scheint auch dieser Tarif nicht zu bestehen; denn er handelt dem Tarif direkt gegenüber und bestimmt der Protest der Arbeiter. Die Arbeiterschutzgesellschaften auch der Direktion spanische Dörfer zu sein, so man geht bereits soweit, daß man für die Unglücksfälle, für die doch überall der Betriebsinhaber in derartigen Fällen verantwortlich gemacht wird, auf die Arbeiter abzuwälzen sucht. So wurde auch am 9. I. M. ein Arbeiter etwa 1½ Meter schwere von einem andern Arbeiter beschäftigt. Durch einen ungünstlichen Zusatz fiel nun dem oben beschäftigten Arbeiter die Habe nach unten und verletzte den unteren Arbeiter schwer am Kopf. Der oben beschäftigte gewogene Arbeiter wurde von dem Direktor entlassen und als derselbe, sich auf den Vertrag stützend, die Arbeitsstelle nicht verlassen wollte, drohte der Direktor, er werde den Arbeiter durch die Polizei abschieben lassen. Der Direktor machte auch seineandrohung zur Last, indem er den Gendarman bestellte, doch hatte der Arbeiter inzwischen die Arbeitsstelle verlassen und blieb dem Gendarman die Ablösung erspart. Das aber sollte nicht zur Beseitigung der bestehenden Gegegnisse beitragen, durch wohl einem jeden Menschen einsehen. Es genügt kaum man a. e. von den Arbeitern verlangen, daß sie eine solche Behandlung richtig hinnehmen. Aus diesem Grunde war nun heute eine öffentliche Versammlung im Gasthaus „Zur freien Quelle“ einberufen, zu welcher auch der Direktor der Rahmung-Eisenbahngesellschaft eingeladen war. Der ebige hatte es aber vorgezogen, zu Hause zu bleiben. Der Vorsitzende Schleicher-Frankfurt, bestellte die Bühne, wie sie hergestellt, und betonte, daß nicht der Arbeiter, der den Unglücksfall verursachte, der Schuldige sei, sondern daß dieser in der Begegnung des Betriebsführers zu suchen sei, und man diesen statt dem Arbeiter hätte abschließen sollen. Datierte doch die Unfälle schon seit Jahren zurück, und „ist die größten Verstöße seitens der Betriebsleitung gegen die Arbeiterschutzbestimmungen blieben ungeahndet. So jno z. B. die Arbeiter unter den offenen Schienen einer Kleinbahn, welche den Transport aus dem Bruche besorgt, beschäftigt worden. Die schwachen Schienen waren an manchen Stellen von einem Weiler auf den andern gespannt, darüber wurde das Material transportiert und unten mußten die Leute arbeiten. Auch mußten bei Sprengungen öfters die Schlässe losgeschlagen werden, weil man die Sündhaftnähe sparen wollte und sind Verletzungen und Unfälle dadurch entstanden, auch sind Erdtrümmern vorgekommen und Arbeiter dabei verletzt worden. Letzteres hätte vermieden werden können, wenn der Betriebsführer, den man auf die Gefahr aufmerksam machte, etwas dagegen getan hätte. Kollege Schleicher betonte, daß hier nur durch Selbsthilfe Abhilfe geschaffen werden kann. Er forderte die unorganisierten Arbeiter auf, unserem Verband beizutreten, denn nur dann wäre es möglich, Verbesserungen herbeizuführen. Auch die Lohnfrage bedürfe einer anderen Regelung, denn mit dem jetzigen Einkommen, welches im günstigsten Falle 800 Mark im Jahre beträgt, ließe sich nicht auskommen. Kollege Schleicher wurde beauftragt, bei der Direktion die Wiedereinstellung des gemäßregelten Arbeiters zu fordern. Ebenso wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die organisierten Arbeiter der Rahmung-Eisenbahngesellschaft protestieren ganz energisch gegen die Entlassung ihres Kollegen Oswald Wenzel. Die Arbeiter sind vor wie nach der Ansicht, daß Wenzel zu Unrecht entlassen worden, weil nicht er der Schuldige, sondern dieser in der Leitung des Betriebes selbst zu suchen sei. Die Arbeiter verlangen daher einstimmig, daß Wenzel wieder eingestellt und der Betriebsleiter des Bruches angewiesen wird, die Arbeiterschutzbestimmungen einzuhalten.“

Maurer.

Hatten, Am Sonntag, den 7. Oktober, hielten wir im Verbandslokal eine Generalversammlung ab, welche gut besucht war, ein Zeichen, daß auch die Hatteninger Kollegen noch Interesse für die gute Sache haben, daß es ihnen ernst ist mit der Verbesserung ihrer Lage. Die Tagesordnung umfaßte: 1. Regeleinerbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt Kollege Jansen-Böhm das Wort, welcher Bericht erstattete über die Bezirkstreffen am 30. September in Dortmund. In den Vorstand wurden die Kollegen: Breitenstein, 1. Vorsitzender, Düfer, 1. Kassierer, Wiss, 1. Schriftführer wiedergewählt, ferner A. d. Herren, 2. Vorsitzender, F. Seel, 2. Kassierer, F. Holze, 2. Schriftführer, F. Dicke und F. Stant, Revisoren. Als Haustreasier wurde F. Mühlens und G. Nachtmann wieder, neu gewählt noch Koll. W. Engelhardt und die Kollegen P. Schneider und M. Breitenstein als Karteidellegierte. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Kollege Jansen ermahnte den neu gewählten Vorstand, sich seiner Pflicht stets bewußt zu sein und Hand in Hand zu arbeiten für das Wohl und Gedeihen unseres Verbandes. Da die Zeit schon weit vorgerückt war, fiel der Punkt Verschiedenes weg. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, auch der verstorbenen Mitglieder unseres Verbandes zu gedenken, worauf sich alle von ihren Blögen erhoben. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Aurich, 7. Oktober. Heute fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, welche gut besucht war. Kollege Büttner, Schiene, führte uns in klaren und deutlichen Worten die Rechtfertigung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften vor Augen. Er verurteilte das Verhalten der „Genossen“ hier in Aurich auf schärfste und betonte, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß ein vernünftig denkender Arbeiter Mitglied der sozialdemokratischen Verbände sein könnte. Auch betonte er, daß er mittags von den Genossen beschimpft wurde. Er wies auf die vielen Städte Deutschlands hin, wo die „Genossen“ als Streikbrecher aufgetreten sind, und betonte, daß es den „Genossen“ gelinge, wie dem Luckuck, der seinen eigenen Namen rüst. Bei der Diskussion meldeten sich mehrere Kollegen zum Wort. Ein Kollege führte aus, daß die „freien“ Verbände und die sozialdemokratische Partei die ersten Gegner des Koalitionsvertrages sind, da sie in ihrem Bestreben stets das Gegenteil von Koalitionsfreiheit befürworten, wenn es sich um anders gesetzte Arbeiter handelt. Darauf stellte ein Kollege die Frage, ob alle Außerordentlichen auch Mitglieder des christlichen Verbandes seien, wobei sich dann herausstellte, daß zwei Genossen als „Geheimpolizisten“ zugegen waren. Der eine fragte in frecher Weise, ob die Versammlung auch angemeldet sei! Es war den Genossen wohl etwas komisch vorgekommen, daß eine christliche Versammlung ohne Polizeiaufsicht abgehalten wurde, was bei den Genossen niemals der Fall ist. Nachdem Kollege Büttner den Genossen die Kafe ordentlich geklopft hatte, ermunterte er noch sämtliche Kollegen, kräftig zu agitieren, damit auch der letzte Mann den Reihen des christlichen Verbandes zugeführt werde. Als Kollege Büttner das Schlusswort geholt hatte, verlangte auch der „freie“ das Wort. Dieser wußte aber ganz gut, daß ihm nach dem Schlusswort das Wort nicht mehr gestattet wurde. Er hielt um das Wort an, damit die Genossen nachher in ihren Zeitungen prahlen könnten, die Christlichen lassen uns in ihren Versammlungen gar nicht mehr zum Wort kommen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Hohenfels, 11. Oktober. In unserer Generalversammlung, die Paul Kraus-Bronkberg ebenfalls besuchte, würdigten wir nach dem Bericht des Vorsitzenden den Vorstand, Ms. 1. Vorsitzender

